

„75 Jahre,,
SPD
Bad Münster



WILLY BRANDT
VORSITZENDER DER SPD

OLLENHAUERSTR. 1, 5300 BONN 1
ERICH-OLLENHAUER-HAUS
TELEFON 0226/532309
13. August 1980

SPD-Ortsverein Bad Münders
z. Hd. Frau Brigitte Traupe,
Vorsitzende
OT Eimbeckhausen
Kleine Söhre 5

3252 Bad Münders 2

Liebe Freunde,

dem SPD-Ortsverein Bad Münders gilt persönlich und im Namen des Parteivorstandes mein herzlicher Glückwunsch zum 75-jährigen Bestehen.

Ich möchte gleichzeitig Dank sagen den zahlreichen Jubilaren, die so lange in Treue zu unseren gemeinsamen Zielen gestanden haben. Dieser Dank gilt auch allen anderen Mitgliedern des Ortsvereins für ihr Engagement.

Die SPD ist immer dann erfolgreich, wenn sie durch beständiges Engagement, durch sachliche Arbeit auf vielen Ebenen des politischen Lebens und die ständige Bereitschaft zum offenen Gespräch Vertrauen bestärkt und begründet. Dabei geht es uns - in den Städten und Ländern wie im Bund - nicht um vordergründiges Bühnen um Wählergunst, sondern darum, daß unter sozialdemokratischer Führung die Politik der Friedenssicherung und des weiteren Ausbaus unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates mit möglichst breiter Unterstützung fortgesetzt werden kann.

Sicherheit für die Zukunft kann auf Dauer nur gewährleistet werden, wer sich auf neue Herausforderungen rechtzeitig einstellt - nicht mit Rezepten von gestern, sondern mit der Bereitschaft und Fähigkeit, den notwendigen Wandel zu gestalten. Dabei mitzuhelfen ist eine schwere, aber lohnende Aufgabe.

Dem SPD-Ortsverein Bad Münders wünsche ich - auch im Hinblick auf die in diesen Wochen anstehenden Aufgaben - viel Erfolg bei seiner Arbeit.



Bad Münden, im August 1980

G r u ß w o r t

Der Rat und die Verwaltung der Stadt Bad Münden gratulieren dem SPD-Ortsverein Bad Münden, der in diesen Tagen auf sein 75-jähriges Bestehen zurückblicken kann, zu diesem Jubiläum recht herzlich.

Seine Hauptaufgabe sah der Ortsverein, der seinerzeit als sozialdemokratischer Wahlverein gegründet wurde, in der Kommunalpolitik. Seit den Wahlen, die auf der Grundlage der Weimarer Verfassung durchgeführt wurden, war die SPD im Rat der Stadt und durch einen Senator auch im Magistrat vertreten.

Nach Wiederaufnahme ihrer politischen Tätigkeit ab Mitte 1945 stellte die SPD mit Wilhelm Remmer den Bürgermeister und im Rat der Stadt bis 1948 und sodann ab 1956 bis heute ununterbrochen die Mehrheit. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist weiterhin die Kommunalpolitik geblieben. In aufgeschlossener Zusammenarbeit der SPD mit den weiteren im Rat der Stadt vertretenen politischen Parteien konnte nach der Eingliederung der Heimatvertriebenen in die heimische Wirtschaft und der Förderung des sozialen Wohnungsbaues Wesentliches für die Entwicklung der Stadt geleistet werden.

Nach der Bildung der Einheitsgemeinde Bad Münden im Jahre 1973 haben sich die Ortsvereine der SPD zu einem Gesamt-Ortsverein zusammengeschlossen, doch blieben in den einzelnen Ortsteilen selbständige Ortsabteilungen mit gewählten Vorständen bestehen.

Auf der Grundlage des Artikels 21 des Grundgesetzes, nach dem die demokratischen Parteien bei der politischen Willensbildung mitwirken, wünschen wir auch dem SPD-Ortsverein Bad Münden weiterhin eine glückhafte kommunalpolitische Tätigkeit zum Wohle unserer Stadt.

Mit den besten Grüßen

P a u l
Bürgermeister

W e b e r
Stadtdirektor

Grußwort der Abteilung Bad Münden

Im Herbst des Jahres 1905 konstituierte sich die Ortsgruppe Münden des Sozialdemokratischen Wahlvereins. Die Gründungsmitglieder waren überwiegend Arbeiter der hiesigen Stuhl-, Glas- und Essigfabriken, die bereits über Jahre in der Arbeiterbewegung aktiv waren. Trotz ständiger Schwierigkeiten mit der Obrigkeit wurde ein eigener Ortsverein gebildet.

Bereits 1909, also vier Jahre nach der Gründung, gehörten diesem Ortsverein 110 Mitglieder an. Nachdem die Organisationsprobleme der ersten Jahre gelöst waren, befaßte man sich überwiegend mit Fragen der Kommunalpolitik.

Während der Weimarer Zeit verbesserten die Genossen die Position der SPD. Als die NSDAP die Macht übernahm, wurden die Sozialdemokraten mit Juden und Kommunisten in einen Topf geworfen und allesamt als Volksfeinde ersten Ranges abgestempelt. In dieser wohl schwersten Zeit für die deutsche Sozialdemokratie und nicht zuletzt für die münderschen Sozialdemokraten wurden Genossen zu Kerkerhaft und Konzentrationslager verurteilt. Viele Genossen ließen ihr Leben für ihre Gesinnung, doch der sozialdemokratische Gedanke überlebte diese brutale Vernichtungsmaschinerie.

Nach dem Kriegsende nahm die Sozialdemokratie weltweit einen gewaltigen Aufschwung. 1946 wurde der Ortsverein Bad Münden der SPD wieder ins Leben gerufen. Mehr und mehr Bürger traten der SPD bei und machten uns zur stärksten Partei in Bad Münden, ja in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

Das Godesberger Programm wurde 1959 zu einem Meilenstein in der sozialdemokratischen Geschichte. Die SPD entwickelte sich von einer Arbeiterpartei zu einer Partei, in der breite Bevölkerungskreise eine politische Heimat fanden.

Sowohl Arbeiter wie Unternehmer, Angestellte wie Beamte, Rentner, Hausfrauen und Studenten, viele Bürger wurden Mitglied des SPD-Ortsvereins Bad Münden. Dieser Ortsverein bestand bis 1973. Die kommunale Neugliederung verlangte neue Organisationsformen von den münderschen Sozialdemokraten.

Aus dem alten Ortsverein Bad Münden wurde die Abteilung Bad Münden, während sich auf dem Gebiet der Einheitsgemeinde wiederum alle Abteilungen zu einem großen Ortsverein Bad Münden zusammenschlossen. Dieser Ortsverein wurde somit Rechtsnachfolger des ehemaligen alten Ortsvereins der Kernstadt Bad Münden.

Hier in der Stadt Bad Münden, der Urzelle der sozialdemokratischen Bewegung im Sünteltal, wird auch heute und in Zukunft sozialdemokratische Politik verwirklicht.

Wir münderschen Sozialdemokraten gedenken in diesen Tagen der 75. Wiederkehr der Gründung des Sozialdemokratischen Wahlvereins, der Gründungsmitglieder, die in mutigem und unermüdlichem Einsatz diesen Ortsverein ins Leben riefen. Wir trauern um die Genossen, die Opfer des 1. oder 2. Weltkrieges wurden. Unsere Gedanken sind aber auch besonders bei den Genossinnen und Genossen, die während des Nazi-Regimes verfolgt wurden oder in Konzentrationslagern ums Leben kamen. Alle verstorbenen Mitglieder der SPD Bad Münden werden wir in ehrender Erinnerung behalten.

Der Vorstand der SPD-Abteilung Bad Münden dankt allen Bürgern dieser Stadt und besonders allen Mitgliedern, die in schlechten und guten Zeiten zu uns gehalten haben.

Wolfgang Quante
(1. Vorsitzender)

Grußwort des Ortsvereins Bad Münden

In der Geschichte der Mündener Sozialdemokratie steht der jetzige "große" Ortsverein Bad Münden an letzter Stelle, denn in der heutigen Organisationsform besteht er erst seit sieben Jahren.

Nach den heute gültigen Statuten gliedert sich unsere Partei in "Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke". Größe und Zuschnitt der Ortsvereine werden durch den Unterbezirk bzw. im Grundsätzlichen von den Bezirken festgelegt. Da der Bezirk Hannover - zu dem Bad Münden gehört - vorschreibt

"In der Regel wird ein Ortsverein auf der Grundlage der politischen Gemeinde bzw. Samtgemeinde gebildet",

bedeutete dies für uns nach der Gemeindereform vom 1. Januar 1973, daß wir nun aus den bis dahin elf im Bereich der heutigen Stadt Bad Münden bestehenden sozialdemokratischen Ortsvereinen einen großen bilden mußten. Die Kernstadt Bad Münden stellte den bis dahin größten Ortsverein, dessen Namen wir "als Rechtsnachfolger" übernommen haben.

Übernommen haben wir auch die Geschichte aller sozialdemokratischen Aktivitäten im Raum der heutigen Stadt. Deshalb feiern alle Sozialdemokraten der neuen Stadt gemeinsam das fünfundsiebzigjährige Bestehen des Ortsvereins Bad Münden, dem sich bei seiner Gründung bereits Mitglieder aus anderen Orten anschlossen.

Wir alle sind stolz darauf, der einen gemeinsamen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anzugehören, doch wir wollen auch die Tradition und ein gewisses Maß an Eigenständigkeit in der politischen Arbeit der Ortsteile pflegen und erhalten.

Bei der Vorbereitung dieser Schrift stellten wir mit Bedauern fest, daß vieles über die Entwicklung unserer Partei im Sünteltal bereits verlorengegangen ist, weil es nicht schriftlich festgehalten wurde.

Deshalb wäre es sehr notwendig, ein Heimatarchiv der SPD mit allen erhaltenen Dokumenten zu errichten. Denn ist es nicht fast makaber, wenn die ältesten Dokumente sozialdemokratischer Aktivitäten im Raum Münden aus den Strafakten der Polizei, des Königlichen Landrats oder des Magistrats stammen?

Vor allem aber sollte nicht verlorengehen, was nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von Sozialdemokraten für den Aufbau der Stadt und der Gemeinden geleistet wurde.

Unsere Jubiläumsschrift konnte nicht vollständig sein, aber sie gibt dem aufmerksamen Leser doch manche interessante Information.

Wir alle sollten nie vergessen, unter welch schweren Bedingungen wir Deutschen die freiheitlichen Grundrechte erlangt haben. Wir sollten nicht vergessen, daß wir auch weiterhin in und an der Politik engagierte Menschen brauchen, um diese Grundrechte stets zeitgemäß zu erhalten und auszubauen!

Brigitte Traupe

(Ortsvereinsvorsitzende)

Inhaltsverzeichnis

- Helmut Schiffing: Die Anfänge der Sozialdemokratischen
Partei im Raum Münden bis 1905
Seite 1
- Brigitte Traupe: Die Zeit von 1905 bis 1933
Seite 15
- Helmut Steinwedel: Die Zeit der nationalsozialistischen
Herrschaft
Seite 20
- Wolfgang Qunate: Die Zeit nach 1945 anhand der
Kommunalwahlergebnisse
Seite 23
- Brigitte Traupe: Sieben Jahre "großer" Ortsverein -
und wie geht's weiter?
Seite 27

Die Anfänge der Sozialdemokratischen Partei

im Raum Bad Münden bis 1905

Wenige Völker haben in den letzten hundert Jahren eine so wechselvolle und schicksalhafte Geschichte gehabt wie das deutsche Volk. Vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Periode bis zur heutigen deutschen Spaltung vollzog sich eine Entwicklung, die nicht nur für das Ausland, sondern auch für uns Deutsche selbst kaum mehr verständlich und - vor allem - fast nicht mehr anschaulich vorstellbar ist.

Wir kennen das heute oft gebrauchte Schlagwort von der "unbewältigten" Vergangenheit. Dem nicht unberechtigten Vorwurf, der hinter diesem Schlagwort steckt, muß aber auch entgegengehalten werden, daß es nicht einfach ist, diese Vergangenheit zu bewältigen, schon deshalb, weil es schwerfällt, sich das zurückliegende Jahrhundert mit seiner Fülle oft widersprüchlicher und schnell aufeinander folgender Ereignisse als Realität zu vergegenwärtigen. Aber nachdem man dieser Vergangenheit noch einmal ins Auge gesehen hat, ist es möglich, daraus zu urteilen und den eigenen heutigen Standort klar einzuordnen.

Aus dieser Erkenntnis ist die Vorgeschichte der Sozialdemokratie in der Stadt Bad Münden erforscht und verfaßt. Wer sie betrachtet und liest, wird gezwungen sein, mit der Geschichte Zwiesprache zu halten, sich zu besinnen auf miterlebte, miterfahrene Geschehnisse. Und er mag an die Mitverantwortung denken, die er für diese Vergangenheit und für die Zukunft seinen Kindern und seinem Volk gegenüber trägt.

Vor hundert Jahren herrschte in der Alten Welt die erbliche Monarchie, und wenn wir von den Hansestädten absehen, so gab es in Europa nur zwei Republiken, die französische und die helvetische; die erstere war neu und somit publik und von ihr gingen die ersten Agitationsimpulse über "sociale

Gerechtigkeit" aus. Mit der industriellen Entwicklung brauchten sie fast ein Jahrhundert, um im Raum der damaligen Stadt Münden sich erstmals durch öffentliche Äußerungen von Mitbürgern zu präsentieren. Dieser Zeitraum um 1878 war die eigentliche Geburtsstunde der Sozialdemokratie in Bad Münden. Die Sozialistengesetze des damaligen Deutschen Reiches verhinderte ihre öffentlich-rechtliche Konstituierung, so daß sie als organisierte Einheit vorerst nicht in Erscheinung trat. Aber im Innern ihres Herzens fühlten sich die meisten der Fabrikarbeiter zu diesen Ideen hingezogen, und als Folge bildeten sich lose Schicksalsgemeinschaften in Form von Freundeskreisen. Aber wo viel Licht ist, ist viel Schatten, und somit entstanden auch Gegnerschaften, vor allem immer dann, wenn Interessenkollisionen aufeinandertrafen, oder wenn die menschliche Schwäche des Denunzierens sich daraus subjektive Vorteile erhoffte. Man bedenke, die uns heute verfassungsmäßig verbrieften Grundrechte (wie Gedankenfreiheit usw.) waren vor einem Jahrhundert noch nicht das Privileg des Volkes. Sie hatten sich als "Unterthanen" nach folgendem Gebot zu verhalten:

Der Obrigkeit gehorchen ist
die erste Pflicht für Jud und Christ.
Vertrauet eurem Magistrat
der fromm und weise schützt die Stadt
durch huldreich hochwohlweises Walten.
Euch ziemt es stets den Mund zu halten.

Im Zeichen dieses Zeitgeistes kam es am 7. 6. 1878 in Münden im Ratskeller zur Verhaftung von zwei Zigarrenarbeitern, die seinerzeit gerade in Münden in Arbeit und Brot standen. Die aus Lüchow und Verden stammenden Arbeiter hatten bei "Branntweingenuß" sich über soziale Mißstände in Münden geäußert und die Monarchie - mit deren Bevorrechtigung weniger Einzelner - als konträr zum Volkswillen dargestellt. Die darauf folgende Verhaftung, veranlaßt durch einen münderschen Bürger mit nationalem Pflichteifer, veranlaßte die Justiz zu einem Strafverfahren wegen "Majestätsbeleidigung". Beide Arbeiter verschwanden für ein Jahr hinter Gefängnismauern.

Bei der Arbeiterschaft von Münden und Umgebung hat dieses Ereignis die obrigkeitliche Autorität nicht gerade gestärkt. Einen Monat später erließ der Regierungspräsident an die Obrigkeit des Magistrats folgende Empfehlung gegen socialistische Unterwühlungen:

5. Juli 1878

Die vielen Arbeitgeber, welche neuerdings gegen socialistische Unterwühlungen durch Arbeiter-Entlassungen einschreiten, sollten in solchen Entlassungsdecreten, resp. Androhungen einen Passus einfließen lassen, der den Arbeitern eine recht verständliche Motivierung mitgiebt, etwa so:

Wir (resp. ich) erklären, alle Arbeiter, die sich nicht durch Handschlag und auf Manneawort von der Social-Demokratie lossagen, entlassen zu wollen, denn niemand kann uns zumuthen, Leute zu beschäftigen, die nach den Lehren der Social-Demokratie, mit Neid auf unseren Verdienst blicken wollen, mit räuberischen Augen auf unser Eigenthum, mit Haß auf uns und jeden Anderen, der einen besseren Rock trägt. Auch wollen wir mit Leuten nichts mehr zu thun haben, die sich einreden lassen, daß König und Vaterland, Ehre und Religion nichts mehr gelten sollen, daß Revolution und Mord berechtigt seien. Die kein Wort der Entrüstung haben über die Verbrechen der Socialisten Hödel und Nobiling.

Wem diese unsere Maßregel, die wir schweren Herzens vollziehen, unangenehm ist, der mag sich bei den Herren socialistischen Agitatoren und Anführern dafür bedanken.

Uns wird es kein Mensch verargen, daß wir uns weigern denjenigen, die unsere Feinde sein wollen, Brot zu geben. Das Gegentheil wäre eine Schwäche, die uns nur Hohn und Spott, auch seitens der Herren Socialisten eintragen würde.

Da die Herren Socialisten, sowohl die klugen wie die dummen, bekanntlich stets, wenn ihnen ihr Sündenregister vorgehalten wird, Alles ableugnen, so wird denen, die in ihrer Schandliteratur nicht zu Hause sind, für solche Fälle empfohlen, sich das Buch von Richard Schuster über "Die Socialdemokratie" anzuschaffen. Dasselbe giebt gruppiert nach den verschiedenen

Gebieten der socialdemokratischen Agitation eine reiche Blumenlese von Citaten aus socialistischen Schriften und Reden und somit eine bequeme und niederschmetternde Waffe in der Discussion mit den unschuldigen Parteigenossen. Auch Most's Proletarierliederbuch empfiehlt sich in diesem Sinne.

An die Obrigkeiten
des Magistrats

Längst waren die "Unterthanen" im Raum um Münden im Begriff, eine Industrie-Gesellschaft zu werden, denn überall entwickelten sich, im Zuge der industriellen Mechanisierung, die handwerksbetrieblichen Werkstätten zu Stuhlfabriken etc. Sie war gleichzeitig - wie man damals sagte, eine "proletarische" - eine Gesellschaft, die feindlich geteilt war zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, in der aber beide Gruppen zusammengenommen bei weitem den produktivsten Teil der Nation ausmachten. Dem entsprach die materielle Gesetzgebung, dem entsprachen die Schulen, die Bildung, aber nicht die politische Verfassung. Es herrschte ein Verfassungszustand und damit verbunden ein Geisteszustand, der den materiellen, sehr fortgeschrittenen Lebensbedingungen der Nation nicht mehr entsprach und zu argen Spannungen führen mußte; der aber trotzdem nicht überwunden wurde, teils aus angeborener Treue und Ordnungsliebe, teils auch, weil das Bürgertum die "rote Gefahr" der in der socialdemokratischen Partei politisch organisierten Arbeiterschaft fürchtete, und ihr gegenüber gern hinter dem starken Obrigkeitsstaat Schutz suchte.

Von 1878 bis zur Aufhebung der Sozialistengesetze ist über die Sozialdemokratie von Münden und Umgebung zur Zeit nichts Aktenkundiges mehr fündig. Erst ab Februar 1890 werden die Aktivitäten der münderschen Sozialdemokraten wieder von der Polizei überwacht, wie nachfolgender Schriftwechsel wiedergibt:

Der Königl.-Landrath

Springe, den 26. Febr. 1890

Geheim!

Sie wollen mir bis spätestens den 3. März d. J. darüber Bericht erstatten, in welchem Umfange die Sozialdemokraten Ihres Bezirks sich voraussichtlich von der für den 1. Mai d. J. geplanten allgemeinen Arbeiter-Demonstration - allgemeiner Feiertag - betheiligen werden und in welcher Weise die Demonstration in Scene gesetzt werden soll.

Der Landrath

gez. Blumenthal

An
Herrn Gendarm
Müller
in Münden

.....

Eingegangen
und zurückgereicht

Münden a/D, den 27. Februar 1890
3. März 1890

mit dem gehorsamsten Bericht, daß bislang noch kein bestimmter Beschluß gefaßt, wenigstens noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist, daß die hiesigen Sozialdemokraten (Fabrikarbeiter) sich an der für den 1. Mai d. J. geplanten allgemeinen Arbeiter-Demonstration betheiligen werden; da der 1. Mai für sich in hiesigem Bezirk ein Feiertag (Hagelfeier) ist, so wird an diesem Tage hier überhaupt nicht gearbeitet. Es verlautet, daß die Arbeiter der hiesigen Stuhlfabriken am 1. April i. c. streiken wollen, ob dieses Thatsache oder nur ein Gespräch ist, habe ich noch nicht ermittelt; auch ist in dieser Sache den Arbeitgebern noch nichts bekannt. Wie mir der Stuhlfabrikant Wispler mittheilte, würde er, wenn die Arbeiter streiken würden, 4 Wochen vorher die Arbeit in seiner Fabrik einstellen lassen.

Müller X
Fuß-Gendarm

Übersetzung des Flugblattes aus der Deutschen Schrift:

Parteigenossen!

Um der diesjährigen Maifeier über ganz Deutschland hin einen einheitlichen Charakter zu verleihen und so den Gedanken, der an diesem Tage die Deutsche Arbeiterschaft mit dem klassenbewußten Proletariate aller übrigen Kulturländer einigt, dem Gedanken der Solidarität der Arbeiterklasse aller Länder, die entsprechende äußerliche Form zu geben, schlagen wir den Genossen folgendes

Programm

vor, das in seinen Einzelheiten in dem zur Ausgabe gelangenden Flugblatte: "Die Arbeiter - Maifeier" näher ausgeführt werden wird.

Wo immer die Genossen zur Feier vereint sein werden, ob bei Massen-Umzügen unter freiem Himmel oder in gedeckten Räumen, wo und wie immer die Arbeiter sich zusammengethan haben, beginnt - so schlagen wir vor -

Nachmittags 4 Uhr

die offizielle Feier mit einem Massengesang. In kurzen Ansprachen werden die Versammelten auf die Bedeutung des Tages und die Nothwendigkeit der in der Resolution aufgestellten Forderungen hingewiesen; dann wird die in dem Fachblatte "Arbeiter - Maifeier" vorgeschlagene Resolution zur Abstimmung gebracht und dieser Theil der Feier dann mit einem Massengesang geschlossen. Wie die Feier des Weiteren in den einzelnen Orten gestaltet wird, muß natürlich den Genossen überlassen bleiben. Davon aber sind wir überzeugt, daß die Feier am 1. Mai ein neuer Beweis sein wird für die Stärke unserer Bewegung für die internationale Verbrüderung und Unbesiegbarkeit des Sozialismus.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand

Die politische Betätigung der zur Sozialdemokratie gehörenden arbeitenden Bevölkerung überwachte man weiterhin polizeilich, in einem obrigkeitlich vorgegebenen Rhythmus. Trotz allem kam es im September 1891 zur ersten politischen Organisation sozialdemokratischer Couleur in Münden, in Form eines "Arbeiter-Vereins für Münden und Umgegend".

Dieser politisch ausgerichtete Verein gab sich folgendes Statut:

S t a t u t e n

des Arbeiter - Vereins zu Münden und Umgegend.

Name und Zweck des Vereins!

§ 1

Der Verein führt den Namen "Arbeiter - Verein von Münden und Umgegend".

§ 2

Der Zweck des Vereins ist, seine Mitglieder materiell und geistig zu heben, über alle Tagesfragen aufzuklären und zu belehren, ferner Frohsinn und Geselligkeit zu pflegen, und seine Mitglieder zu unterstützen.

§ 3

Der Zweck soll erreicht werden:

- a. durch Erstrebung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen,
- b. durch Halten von Vorträgen und Vorlesungen, Auslegen von Zeitschriften und Errichtung einer Bibliothek,
- c. durch objektive Beantwortung der dem Fragekasten entnommenen und sonstiger gestellten Fragen,
- d. durch Arrangieren von Festlichkeiten und geselligen Zusammenkünften, doch sollten dieselben nicht die erste Stelle im Vereinsleben einnehmen,
- e. durch Unterstützung seiner in Noth gerathenen oder in Folge ihrer Vereinstätigkeit gemäßregelten Mitglieder.

§ 4

Mitglied des Vereins kann jeder werden, welcher im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, und dieses Statut für sich als rechtsverbindlich anerkennt. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand bzw. die Mitgliederversammlung.

§ 5

Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pfg und der monatliche Beitrag 20 Pfg.

§ 6

Arbeitslose, kranke oder zu den Fahnen einberufene Mitglieder sind während der Dauer der Arbeitslosigkeit, Krankheit, resp. der Dienstzeit vom Beitrage befreit.

§ 7

Der Austritt kann jederzeit erfolgen, doch muß dem Kassierer mündlich oder schriftlich Mittheilung davon gemacht werden.

§ 8

Der Ausschluß kann vom Vorstande erfolgen, wenn ein Mitglied länger als drei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande ist und trotz erfolgter Anmahnung im Rückstande bleibt. Er muß erfolgen, wenn es sich nachweislich gegen die Interessen des Vereins ergangen hat, oder wenn es einen unmoralischen Lebenswandel führt.

§ 9

Personen, welche auf § 8 Absatz 1 ausgeschlossen worden sind, können, wenn selbige, die für drei Monate rückständige Beiträge nachzahlen, wieder aufgenommen werden.

§ 10

Der Vorstand besteht aus sieben Personen, einen 1. und 2. Vorsitzenden, einen 1. und 2. Kassierer, einen 1. und 2. Schriftführer und einen Bibliothekar. Alle Vereinsämter sind Ehrenämter.

§ 11

Der Vorstand ist verpflichtet, allmonatlich mindestens eine Sitzung abzuhalten, und haben active wie passive Mitglieder gleiches Sitz- und Stimmrecht.

§ 12

Der Vorstand ist berechtigt, in dringenden Fällen über 10 M des Vereinsvermögens verfügen zu können, doch hat er der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten.

§ 13

Die im § 3 zugesicherte Unterstützung ist eine freiwillige und nicht als solche im Sinne des Gesetzes zu betrachten. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach dem Stand der Kasse und ist in jedem einzelnen Falle vom Vorstand resp. Versammlung zu bestimmen.

§ 14

Außerordentliche Generalversammlungen können von 1/3 der Mitglieder beim Vorstand beantragt werden.

§ 15

Statutenveränderungen können nur in einer Generalversammlung vorgenommen werden, wenn sich 1/3 der Mitglieder an der Abstimmung betheiligen.

§ 16

Der Verein kann sich nur auflösen, wenn 2/3 der Anwesenden für die Auflösung stimmen. Über das vorhandene Vereinsvermögen entscheidet die Versammlung.

§ 17

Die Mitgliederversammlungen finden regelmäßig jeden Sonntag vor dem 1. und 15. eines jeden Monats nachmittags von 4 Uhr ab statt.

Münder, den 28. September 1891

Der Vorstand gez. C. Schellworth

zur Beglaubigung der Abschrift

Der Magistrat

gez. Dr. Wermuth

Im Gründungsjahr konnte der Arbeiterverein von Münder und Umgegend 35 Mitglieder aufweisen, davon kamen aus der Stadt Münder 27, aus Hamelspringe 4, aus Hachmühlen 2, aus Neustadt 1 und aus Flegessen 1. 1897 hatte sich der Mitgliederbestand auf 56 erhöht. Wieweit sich die mündersche Umgebung in diesen Mitgliederbestand eingecordnet hat, ist nach dem derzeitigen Wissensstand nicht zu sagen.

Mitglieder Verzeichnis

122

Arbeiter Verein für Kinder und Jugendliche

I	Vorstand: Carl Schellwirth	in Kinder
I	Fritz Wolperting	„ Nachmittags
I	Carlson Jerry Wolke	„ Kinder
I	Alwin Kauter	„
I	Schriftführer Max Junstach	„
I	August Wenne	„
I	Sekretärin	„
	Erwin Müller	„
	Fritz Sonder	„ Harreknunge
	Carl Rabekost	„
	August Haller	„
	Carl Borchering	„
	Carl Böries	„ Flegefen
	Aug Länfermann	„ Junstach
	Fritz Wente	„ Nachmittags
	Fritz Spiller	„ Kinder
	Erwin Wagner	„
	Carl Trabe	„
	Ernst Graf	„
	Erwin Rehrens	„
	Carl Hampel	„
	Max Siegel	„

Lutz Kasse in München

König Fiegel

Carl Graf

König Hummel

Ernst Heber

Paul Herr

Carl Mayer

Paul Schiefer

Joseph Lech

Joseph Winger

Carl Brückberg

Karl Vogelwang

König Pellermaier

Wolfgang Krenzer

München, den 15. September 1891

Ihr Hochachtungsvoll

Dr. Schellwirth

Für Bestätigung des Abfalls

Dr. Wagners

Odernau

Diese Vereinsgründung ist in Münden der erste Versuch, eine potentielle sozialdemokratische Interessenvertretung aufzubauen. Nur, der Weg war reichlich mit Hindernissen durchsetzt. Die Obrigkeit wertete diesen Verein, gem. Vereinsgesetz von 1850, als politischen Oppositionsverein und ließ ihn weiterhin polizeilich überwachen. Jede Versammlung mußte vom Magistrat der Stadt Münden vorher genehmigt werden, wobei die Beratungsthemen und -ergebnisse vom Stationsgendarmen inhaltlich mitgeschrieben und dem Landrat zugeleitet wurden. - Ein nachfolgender Polizeibericht über die Versammlung vom 1. Mai 1897 gibt uns als Nachwelt einen Einblick in die Tagesprobleme vor fast einem Jahrhundert, die mit den heutigen in mancher Parallele stehen:

10^{te} Gendarmerie-Brigade
Hannoverscher Officier-District
Hamelner Beritt

Münden ^a/D, den 2. Mai 1897

An das
Königliche Landrathsamt
zu
Springe

Bericht

über die sogenannte Maifeier

Dem Königlichen Landrathsamt berichte ich zufolge Auftrages vom 26. v. Mts. gehorsamst, daß in meinem Bezirk von sozialdemokratischer Seite in keiner Weise der Versuch gemacht worden ist, den gestrigen Tag durch Demonstrationen - Aufzüge p. p. zu feiern, dagegen fand gestern abend um 8 Uhr im Saale des Gastwirts Wrede hierselbst eine öffentliche sozialdemokratische Volksversammlung statt, welche vorschriftsmäßig angemeldet und genehmigt war. Die Volksversammlung war nur von ungefähr 60 Personen besucht, größtentheils Auswärtige, welche auf den hiesigen Stuhlfabriken in Arbeit stehen. Referent war der zuletzt in hiesigem Wahlkreise aufgestellte Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Schuhmacher August Brei aus Hannover, derselbe sprach über die Bedeutung des 1. Mai als Arbeiterfeiertag. Solle die Genossen jedesmal

in Paris im Jahre 1889 gestellten Forderungen und Beschlüsse - Einführung des Achtsturentages und richtige Arbeiterschutzgesetze - erfüllt würden, bezw. sollten diese Forderungen an jedem 1. Mai von Neuem gestellt werden.

Die Technik der Maschinen würde von Jahr zu Jahr verbessert, im Jahre 1837 wären im Deutschen Reiche nur 423 Dampfkessel vorhanden gewesen und im Jahre 1888 bereits 4.373 Dampfkessel, dadurch würde die Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr größer, dieses könne nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit behoben werden.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten nur wirklich ein Herz für die Arbeiter und würden zu jeder Zeit für eine Verkürzung der Arbeitszeit im Reichstage eintreten, während die übrigen Parteien da nicht für zu haben wären.

Der erste Mai werde nicht bloß in Deutschland von den Arbeitern gefeiert, sondern in England, Amerika, Frankreich und anderen Ländern, es wäre ein internationaler Feiertag.

Zum Schluß sprach der Tischler **W e i s** hierselbst noch, welcher den Ausführungen des Vorredners beistimmte, beklagte sich noch, daß die Versammlung nicht besser besucht war, was jedenfalls daran liege, daß keine Auswärtige anwesend wären, die nun diese Zeit viel mit ländlichen Arbeiten beschäftigt wären, was eigentlich nicht sein sollte, durch die kargen Löhne wären sie aber dazu gezwungen und brachte dann ein Hoch auf die internationale Arbeiterschaft aus.

Die Versammlung ist ganz ruhig verlaufen.

Am Eingang des Saales war ein Blatt mit der Bezeichnung "Mai-Feier 1897" für 10 Pfg. käuflich, außerdem erhielt jeder, der die Versammlung besuchte, die "Rundschau" Nr. 25 gratis

und füge von jedem Exemplar eins bei.

gez. Müller X

Fuß-Gendarm

Das Vereinslokal war in Münden das Böneke'sche Wirtshaus (in der Osterstraße ?) mit dem Gastwirt Wrede. Aus den derzeit zugänglichen Unterlagen geht hervor, daß der Magistrat diesem sozialdemokratischen Verein (wie er es formulierte) nicht ablehnend gesinnt war, sondern sogar obrigkeitlichen Druck auf den Verein abschwächte. Mittels dem Magistrat und der Gendarmerie vergewisserte die Vertretung des Obrigkeitsstaates sich der Loyalität der organisierten Arbeiterschaft. Und auch sie wollte ihre Aufgabenstellung nicht dauernd in Überlebenskämpfe verzetteln, so daß man im Anpassungsprinzip den mit allen Machtmitteln ausgestatteten politischen Gegner ruhig stellte, alle Versammlungen vorher vom Magistrat genehmigen ließ, "Ungchörigkeiten" vermied, so daß alle polizeilichen Überwachungen "in Unschuld" ausliefen. Damit erreichte man sein Ziel, kurz nach der Jahrhundertwende einen gut ausgebildeten Führungskader für die Sozialdemokratische Partei in Münden zu haben.

Unter persönlichem Einsatz dieses Führungskaders wurde dann im Jahre 1905 in Münden der Sozialdemokratische Wahlverein Münden am Deister gegründet und der Arbeiter-Verein aufgelöst, nachdem die Mitglieder fast ausschließlich übergetreten waren.

Die führenden Männer dieser ersten Stunde im Jahre 1905 waren, laut Geheimverzeichnis der als sozialdemokratischen Agitatoren bekannten Persönlichkeiten:

Matthies	Louis	Tischler	Münden	Neue Straße 11
Maukisch	Hugo	Polierer	Münden	Neue Straße 1
Alberts	Heinrich	Tischler	Münden	Hannoversche Str. 1
Schrieber	Karl	Tischler	Münden	Osterstraße 6
Seidel	Friedrich	Polierer	Münden	Osterstraße 21 a
Spieß	Heinrich	Arbeiter	Münden	Neue Straße 10
Frisch	Hermann	Glasmacher	Münden	Osterstraße 32
Opitz	Karl	Schürer	Münden	Lange Straße 27

Sie alle wurden, bis zum 1. Weltkrieg, in Zusammenarbeit mit dem Magistrat, polizeilich überwacht.

Quellennachweis: Hauptstaatsarchiv Hannover; Akten: Hann. 174 Springe III 57, 58 und 65, sowie Hann. 80, Hann. II 684.

Helmut Schiffling

Die Zeit von 1905 bis 1933

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands trägt ihren heutigen Namen seit 1890. Vergebens hatten Bismarck und die herrschenden konservativen Kräfte im deutschen Kaiserreich zwischen 1878 und 1890 versucht, die Idee von Sozialismus und freiheitlicher Demokratie zu bekämpfen, indem sie die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die im Reichstag seit 1875 vertreten war, verboten.

Trotz aller Schwierigkeiten entwickelte sich die SPD bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer Massenbewegung.

Schon als sie 1890 erstmals wieder an der Reichstagswahl teilnehmen durfte, errang sie als stärkste Wählerpartei 19,7 % der Stimmen.

Von da an setzte sie ihren stetigen, nur 1907 kurz gebremsten Aufstieg bis zum 1. Weltkrieg fort.

1890	19,7 %
1893	23,3 %
1898	27,2 %
1903	31,7 %
1907	28,9 %
1912	34,8 %

Das Mehrheitswahlrecht verhinderte allerdings, daß diese Stimmenanteile in eine entsprechende Anzahl von Reichstagsmandaten umgesetzt werden konnten. Erst 1912 wurde die SPD mit 110 Sitzen stärkste Reichstagsfraktion.

Die Wahlkreiseinteilung für die Reichstagswahlen war zur Zeit der Reichsgründung 1871 festgelegt und nie an die Bevölkerungsveränderungen angepaßt worden. Sie begünstigte die dünn besiedelten ländlichen Gebiete gegenüber den städtischen Ballungsräumen.

Die Sozialdemokratie blieb trotz ihres Aufschwungs eine Partei der Industriearbeiterschaft. Einbrüche bei den Landarbeitern, die meist konservativ stimmten und bei den

katholischen Arbeitern, wo das Zentrum dominierte, gelangen ihr nicht.

Von entscheidender Bedeutung war für die Organisation der SPD der Jenaer Parteitag 1905.

Seitdem konnte die Partei ihr Organisationsgefüge vom Vertrauensleutesystem (in den Arbeiter-Vereinen) auf Vereine seit 1899 mit festen Mitgliedsbeiträgen umwandeln.

Der Parteaufbau verlief jetzt von den Ortsvereinen (Wahlvereinen), deren Zahl nach Verabschiedung des neuen Organisationsstatuts schnell wuchs (1907: 2.704, 1913: 4.978 Ortsvereine), über Wahlkreisvereine, die die eigentlichen Grundeinheiten der Partei bildeten, weil in ihnen die wichtigsten Entscheidungen fielen (Kandidatenaufstellung, Wahl der Parteitage delegierten), über Bezirks-, Provinzial- oder Landesverbände bis hin zur Reichsorganisation mit dem Parteivorstand.

"§ 4 Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat.

Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 5 Die sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen."

(Aus dem auf dem Parteitag in Jena 1905 beschlossenen Organisationsstatut)

Mit der Zahl der Ortsvereine wuchs auch die Zahl der Parteimitglieder schnell an. Sie läßt sich seit 1906 genau angeben:

1906:	384.000	(= 13 % der Wähler)
1914:	1.086.000	(= 26 % der Wähler)

Auch in Bad Münden gründeten die Sozialdemokraten nun im September 1905 den

Sozialdemokratischen Wahlverein Münden am Deister

9. Hannoverscher Wahlkreis

Fast alle Mitglieder des "Arbeitervereins für Münden und Umgegend" vom 28. Sept. 1891 traten ein, der Arbeiterverein löste sich auf.

Der erste Vorstand setzte sich in folgender Weise zusammen:

1. Vorsitzender	Mathies
2. Vorsitzender	Opitz
Kassierer	Leifeit
Schriftführer	Albert, Heinrich
Stellv. Schriftführer	Schrieber, Karl
Revisoren	Werhahn, Wilhelm
	Othmer, Friedrich
	Werhahn, Fritz

In den ersten Mitgliederversammlungen befaßte man sich mit der Frage eines geeigneten Lokals, mit der Beitragskassierung und mit der Vorbereitung der Kreiskonferenz in Limmer.

Die Genossen erregten sich über das noch immer in Preußen herrschende Dreiklassenwahlrecht, "das elendste aller Wahlsysteme, da das arbeitende Volk völlig entrechtet sei. Ein Großkapitalist habe mehr Stimmen als tausende von Arbeitern!"

Der Genosse Opitz berichtete vom Landtagswahlkreis Essen, "wo Krupp durch seinen Geldsack die Wähler der 2. und 3. Klasse zwingen konnte, ihn zu wählen."

Wen wundert es heute, daß der Preußische Landtag von unseren Mündenern als "Geldsackparlament" bezeichnet wurde, "in dem nur Schlotbarone und Krautjunker vertreten sind"?

Einem Protokoll entnehmen wir, daß der Wahlverein am 20. Mai 1906 60 Mitglieder hatte. Der Monatsbeitrag wurde von 20 auf 30 Pfg erhöht.

Der Kassenbestand betrug 18,95 Mark.

Aus anderen Protokollen geht dann hervor, daß die Vorbereitung der Reichstagswahlen und der Wahlen zum Preußischen Landtag vom Ortsverein Münden für das ganze Amt Lauenau geleistet werden mußte. Oft wurden die Sozialdemokraten beim Verteilen von Flugblättern mit Hunden gehetzt, beschimpft und bedroht. Aber sie ließen sich nicht entmutigen und hatten von Jahr zu Jahr mehr Erfolg.

Organisatorisch gehörte der Mündersche Wahlverein (= Ortsverein) zum Kreisverband Limmer. Auf einer Kreiskonferenz beschloß man 1908, sich dem Bezirks- und dem Reichsverband anzuschließen. 25 % der Beiträge wurden abgeführt, der Rest blieb für die Arbeit des Ortsvereins. Der Vorsitz wechselte in den ersten Jahren zwischen Louis Matthies und Richard Maukisch.

Auch im Reich bekämpfte die SPD entschieden das undemokratische Drei-Klassen-Wahlrecht, das ja bis 1912 in Preußen galt. In riesigen Demonstrationen forderten die Sozialdemokraten 1911 zum Kampf gegen das bestehende Drei-Klassen-Wahlrecht auf. Dies beeindruckte schließlich auch den Kaiser.

Vergebens stemmten sich die Sozialdemokraten vor 1914 gegen die Weltmachtträume der herrschenden Kreise in Deutschland. Sie sahen die Kriegsgefahr in Europa und demonstrierten deshalb noch 1914 für den Frieden. Im Rahmen der Sozialistischen Internationale bekämpften Arbeiter verschiedener Länder ihre chauvinistischen Regierungen, den immer stärker werdenden Nationalismus und betonten die internationale Völkerverbrüderung. Ohne Erfolg.

Am 1. August 1914 brach der Erste Weltkrieg aus, der die Arbeit der SPD auch in Bad Münden sehr einschränkte, denn viele Parteimitglieder mußten Soldat werden. Der Verlauf des Krieges spaltete 1917 die SPD. 1917 wurde die "Unabhängige Sozialdemokratische Partei" gegründet, die keine Kriegskredite mehr bewilligen wollte. Im "Kohlrübenwinter 1916/17" waren gut 700.000 Deutsche an Hunger gestorben, der Wahnsinn dieses Krieges wurde nun auch dem Volk bewußt, das ihn 1914 noch begeistert begrüßt hatte.

Nach dem Ende des Krieges, der Monarchie und der Novemberrevolution stellt sich für die SPD 1918 die Frage: Wird Deutschland eine Räterepublik oder parlamentarische Demokratie?

Die Mehrheit der Partei und der Arbeiter- und Soldatenräte entschied sich für die parlamentarische Demokratie.

Die Gliederungen der Partei wurden wieder aktiv. 1921 hat der Ortsverein Bad Münden - nach einem Protokoll des Schriftführers Günter Harting vom 25. Juli 1921 - 178 männliche und 27 weibliche Mitglieder, also 205 zusammen. Seit 1920 war Wilhelm Remmer Vorsitzender. Er sollte es dreißig Jahre bleiben.

Der SPD-Kreisverband Springe hatte sich gebildet, denn in vielen Gemeinden wurden nun ebenfalls Ortsvereine gegründet. Der Ortsverein Bad Münden besaß eine eigene Bibliothek, veranstaltete in Verbindung mit der Volksbühne Hannover Kulturveranstaltungen und baute sich im Osterberg ein eigenes Heim. Wilhelm Remmer wurde in der Stadt Bad Münden Senator.

Die SPD setzte im Reich noch 1918 das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen, den achtstündigen Normalarbeitstag, Arbeiterschutzbestimmungen, Verordnungen über Tarifverträge, Koalitionsrechte und die Erwerbslosenfürsorge durch. Im Jahre 1919 wird der Sozialdemokrat Friedrich Ebert das erste demokratisch gewählte Staatsoberhaupt Deutschlands.

Neue Schulen, Kindergärten, Volkshochschulen, öffentliche Büchereien, Jugend- und Altersheime, Sport- und Spielplätze, Bäder und Erholungsstätten entstanden besonders dort, wo die Sozialdemokraten politisch mitredeten. Doch das innenpolitische Klima verschlechterte sich von Jahr zu Jahr. Wirtschaftskrisen und damit verbundene Arbeitslosigkeit machten die Menschen anfällig für radikale Phrasen. Die Stimme der Vernunft wurde nicht mehr gehört. Manche Kreise zeigten nach dem Rücktritt des letzten sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller 1930 sehr schnell, daß ihnen an der parlamentarischen Demokratie nie etwas gelegen hatte.

Die Deutschen wählten sich 1933 den Mann selbst, der seinen Helfern auch aus dem bürgerlichen Lager bis zum April 1945 die Zerstörung Deutschlands und weiter Teile Europas "bewerkstelligt" hat. Am 7. Juli 1933 wurde die SPD aus allen Parlamenten ausgeschlossen, die Verfolgung bekannter Sozialdemokraten hatte bereits seit März begonnen.

Brigitte Traupe

Die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft

Als im Januar 1933 die Nationalsozialisten die Macht in Deutschland übernommen hatten, wiederholte sich vieles, was uns schon aus der Zeit nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes von 1878 bekannt ist. Jedoch nahm alles viel schlimmere Formen an und erinnert in seiner drastischen Art mehr an die Christenverfolgung vergangener Jahrhunderte.

Es gab nicht nur das bloße Verbot der politischen Betätigung der SPD, sondern Haft, Folter und Tod standen vielen Genossen bevor, wenn sie sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten.

Den Sozialdemokraten in der kleinen Stadt Münden wurde 1933 das Leben und Überleben gewiß nicht leicht gemacht.

Den ganz aktiven Mitgliedern ging es zuerst an den Kragen. Dreiunddreißig Genossen wurden durch Verhaftung erst einmal ihrer Tätigkeit entbunden.

So wurden unter anderen die Genossen Willi Remmer, August Fischer, Fritz Lutze, August Matthies, Heinrich Meier, Christian Seyb, Fritz und Rudolf Alves, Ludwig und Heinrich Freise, Heinrich Becker, Christian Mewes, Hermann Pessel, Heinrich Hundertmark, Willi Schrieber, Heinrich Faß, Georg Thiemann, Willi Tödtmann, Fritz Feierabend und August Krüger aus ihren Familien gerissen, verhaftet und in das Gefängnis nach Hameln gebracht.

Das war unmittelbar nach der letzten "demokratisch verlaufenen Wahl".

Sie fand am 5. März 1933 statt und war für länger als zwölf Jahre die letzte.

Die in dieser Wahl gewählten Mitglieder der SPD wurden aufgefordert, ihr erreichtes Mandat unverzüglich niederzulegen. Zu ihnen gehörte auch der damals noch junge Ferdinand Meier, der am 5. 3. 1933 zum erstenmal als Ratsherr in den Rat der Stadt Münden gewählt wurde.

Die Nazis verstanden es schon, den verhaßten Sozis, ihren Mitbürgern, Arbeitskollegen, Nachbarn und manchmal auch Verwandten, das Leben zu vermiesen.

Die Verfolgung der Sozialdemokraten und ihrer Gruppierungen durch die neuen Machthaber nahm schon ganz zu Anfang Formen an, die jeglichem menschlichen und demokratischen Grunddenken widersprachen. So wurden die als politische Gegner betrachteten Sozialdemokraten nicht nur einfach verhaftet, abtransportiert und eingesperrt, sondern man trieb auch noch seine makabren Späße mit ihnen; da wurde der Genosse Georg Thiemann - Schuhmacher von Beruf und gehbehindert - gezwungen, vor einer Gruppe von Verhafteten ein Schild mit der Aufschrift: "Ich bin ein Schwein, ich wählte mit Nein" zu tragen, obwohl er kaum richtig gehen konnte.

Das Groteske an dieser ganzen Sache stellte sich dann erst am vorgesehenen Ort der Haft heraus. Als nämlich die drei- unddreißig münderschen Genossen vor dem Gefängnis in Hameln standen, wurde ihnen der Einlaß von der Gefängnisleitung verwehrt. Es fehlte auf den Haftbefehlen die Unterschrift des Bürgermeisters der Stadt Münden, denn die Stadt Münden mußte nach dem Gesetz für die Unterbringung und die Verpflegung ihrer eingesperrten Bürger aufkommen. Der Bürgermeister weilte jedoch an diesem Sonnabend nicht in der Stadt und so mußte jemand anderes gefunden werden, der an seiner Statt die fehlende Unterschrift leisten konnte - es fand sich schnell jemand, denn man konnte doch die Genossen nicht vor dem Stockhof stehen lassen.

Stockhof, so wurde im Volksmund das Gefängnis bezeichnet.

Einer der Bewacher soll in diesem Zusammenhang gesagt haben: "Die kommen da rein, und wenn sie im Stehen auf dem Stockhof schlafen müssen!"

Übrigens, die Fahne, die die Vorder- und Rückseite dieses Heftes ziert, wurde von dem Genossen August Fischer noch rechtzeitig vor dessen Verhaftung versteckt, indem er sie an einer sicheren und geheimen Stelle einmauerte, wo sie unbeschadet alle Wirren des Dritten Reiches überstanden hat.

Ähnlich wie in Münden, ging es auch in anderen, jetzt zur Stadt Bad Münden zählenden Orten zu. So wurde in Hachmühlen im Januar 1933 als erstes der damalige amtierende Ortsvereinsvorstand der SPD verhaftet. "Sicherheitsverwahrung" nannte man diese Aktion.

Zusammen mit ihrem Vorsitzenden Karl Schlüter, der von 1919 bis 1933 auch Ortsvorsteher war, wurden Adolf Sabionski und Karl Schaper - alle drei Genossen sind inzwischen leider verstorben - von den Schergen Hitlers nach Hameln in das spätere Zuchthaus gebracht. Etwa drei bis vier Wochen dauerte die Haft, dann durften sie wieder nach Hause.

Karl Schlüter mußte dann noch einmal während des Krieges eine mehrwöchige Haft antreten. Richtige Gründe dafür hat es allerdings nicht gegeben, nur daß die Inhaftierten Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands waren.

Ebenfalls keinen Grund gab es für die Verhaftung von Hermann Seeger und einiger anderer, die außerdem noch Mitglied des Reichsbanners waren und am 5. März 1933 als sogenannter Wahlschutz in Hameln eingesetzt waren.

Obwohl das Wahllokal, in dem sie Dienst taten, erst um 18.00 Uhr geschlossen wurde, hat man sie schon um 17.00 Uhr abgeführt und in den Rotationsraum der ehemaligen Zeitung "Die Volksstimme" eingesperrt. So berichtet Hermann Seeger.

Auf dem Transport von Hameln in ein Gefängnis nach Hannover konnte Hermann Seeger mit Hilfe des Fahrers fliehen, da dieser ihn kannte.

Nur im Verborgenen konnten sozialdemokratische Ideen noch bis 1945 am Leben gehalten werden.

Helmut Steinwedel

.-.-.-.-.-

Die Zeit nach 1945 anhand der Kommunalwahlergebnisse

Im April 1945 übernahm auf Weisung der Besatzungsmacht der frühere Senator Wilhelm Remmer die Geschäfte des Bürgermeisters. Kurze Zeit später ernannte die britische Militärregierung 16 Bürger Bad Münders zu ehrenamtlichen Gemeindevertretern. Diese Gemeindevertretung wählte am 27. 12. 1945 Wilhelm Remmer, der dieses Amt ja bereits kommissarisch innehatte, zum Bürgermeister.

Am 15. 9. 1946 fanden erstmals freie Wahlen statt. Diese Wahlen zum Gemeinderat und zum Kreistag wurden für die Sozialdemokraten zu einem großen Erfolg. Die SPD errang damals 66,7 % der Stimmen und stellte damit 10 von 15 Ratssitzen. Dieses Wahlergebnis kann wegen des damals anderen Wahlrechts allerdings nicht mit nachfolgenden Wahlen verglichen werden.

SPD-Mitglieder dieses ersten ordentlich gewählten Nachkriegsrates waren:

Ernst Apermann, Karl Dolle,
August Fischer, Fritz Lutze,
Christian Mertens, Heinrich Meyer,
Wilhelm Remmer, Christian Seyb,
Karl Weber und Erich Wiechmann.

In der Sitzung vom 1. 10. 1946 wurde Wilhelm Remmer als Bürgermeister wiedergewählt.

Ende 1948 trat das neue Gemeinde- und Kreiswahlrecht in Kraft. Daraufhin wurde am 28. 11. 1948 neu gewählt. In der Zeit von 1948 bis 1956 hatte jeder Wähler, wie auch im jetzigen Kommunalwahlrecht, drei Stimmen.

Mit 40 % der Wählerstimmen wurde die SPD stärkste Partei, hatte jedoch keine absolute Mehrheit. Das damalige breite Parteienspektrum spiegelte sich auch darin wider, daß von 1948 bis 1949 die CDU, von 1949 bis 1950 die SPD und von 1950 bis 1952 die DP den Bürgermeister stellten.

Der Gewerkschaftssekretär Bruno Eisenburger war stärkster Kandidat der Gemeinderatswahl 1952. Er errang damals 1.325 Stimmen. August Martens von der DP erreichte mit 449 Stimmen das beste Ergebnis aller anderen Parteien. Zwei Genossen, die damals dem Ergebnis Bruno Eisenburgers an nächsten waren, Carl-Heinz Paul und Heinrich Grotjahn, gehören dem Rat nun bereits seit dem 9. 11. 1952 an. Das Parteiergebnis der SPD lag um 3,3 % über dem von 1948.

In die Wahlperiode von 1952 fiel auch die Ernennung Wilhelm Remmers zum Ehrenbürger der Stadt. Der 1886 geborene Genosse Remmer wurde damit für seine 30jährige ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle der Stadt Bad Münde gewürdigt. Aus der Hand des Bundespräsidenten erhielt er als erster Kommunalpolitiker im Landkreis Springe das Bundesverdienstkreuz.

Bei der Kommunalwahl 1956 erhielt Bruno Eisenburger wieder die höchste Stimmenzahl. Nur einige Stimmen weniger erhielt Wilhelm Remmer. Nicht zuletzt war es ein Verdienst dieser beiden Genossen, daß die SPD 1956 das beste Gemeindewahl-ergebnis der Nachkriegszeit erreichte. Die 51,9 % sind bis zum heutigen Tage nicht übertroffen worden. Der Wahlerfolg der SPD zeichnete sich auch im Ergebnis der anderen Parteien ab:

DP	15,4 %
BHE	14,7 %
CDU	13,4 %
FDP	4,6 %

Sieben Jahre "großer" Ortsverein - und wie geht's weiter?

Mit dem 1. Januar 1973 begann für das Sünteltal kommunalpolitisch ein neuer Geschichtsabschnitt. Der Niedersächsische Landtag hatte per Gesetz aus der bisherigen Stadt Bad Münder und den fünfzehn eigenständigen Gemeinden Bakede, Beber, Bötber, Brullsen, Egestorf, Einbeckhausen, Flegessen, Hachmühlen, Hamelspringe, Hasperde, Klein Süntel, Luttringhausen, Nettelrede, Nienstedt und Rohrsen die Einheitsgemeinde Bad Münder mit ca. 20.500 Einwohnern gebildet.

Dies bedeutete auch für die elf bestehenden sozialdemokratischen Ortsvereine im Bereich unserer Stadt ein neuer Abschnitt. Entsprechend dem Statut des Bezirks Hannover sollten sie sich nun zu einem zusammenschließen, konnten jedoch darin Abteilungen bleiben.

Begeistert sind wir Sozialdemokraten an den parteipolitischen Zusammenschluß nicht herangegangen, aber unsere Disziplin war gut. Wir besaßen außerdem den Willen, den bisherigen Ortsvereinen als neuen Abteilungen ein hohes Maß an Selbständigkeit zu lassen. Sie konnten und können die Mitgliedsbeiträge selbst einziehen und bezahlen nur einen geringen Satz an den Ortsverein für dessen laufende Kosten. Auch die Wahlkämpfe werden neben einigen zentralen Großveranstaltungen dezentral geführt.

In der jungen Geschichte des "großen" Ortsvereins Bad Münder darf dessen erster Vorsitzender Wilhelm Bayer (1973 bis 1975) nicht unerwähnt bleiben.

Mit sehr viel Idealismus und gutem Willen zur Integration hat sich der Studienrat aus der Kernstadt Münder zusammen mit den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern und der neuen Stadtratsfraktion bemüht, den damals knapp 600 SPD-Mitgliedern Zusammengehörigkeitsgefühl zu vermitteln.

Oft genug sagte der eine oder andere erfahrene Mandatsträger aus den ehemals selbständigen Gemeinden: "Ich schmeiß' den Kram hin, nach der Gebiets- und Verwaltungsreform haben wir ehrenamtlichen Kommunalpolitiker doch nicht mehr viel zu sagen!"

Oder ein engagierter Parteifunktionär: "Wir kleinen Ortsteile und Abteilungen werden gar nicht ernstgenommen, die großen dominieren alles."

Dabei hatten sich alle, die damals (und zum Teil noch heute) Verantwortung trugen, gerade folgendes Ziel gesetzt:

Es durfte in unserer Rats- und Parteiarbeit erst gar nicht der Eindruck entstehen, die größeren Ortsteile würden auf Kosten der kleineren bevorzugt!

Als Wilhelm Bayer im November 1975 den Ortsvereinsvorsitz abgab, hatten wir die erste große Bewährungsprobe hinter uns.

Wir haben uns auch weiterhin bemüht, die Gestaltung unserer politischen Arbeit auf kommunaler Ebene und innerhalb der Partei auf einer Übereinstimmung aufzubauen. Die jetzige Stadtratsfraktion und der Ortsvereinsvorstand setzen sich aus einer guten Mischung erfahrener und jüngerer Parteimitglieder zusammen.

1974 wurde der Landkreis Springe aufgelöst. Seit dem 1. März des gleichen Jahres waren wir nun Hameln-Pyrmont. Mit dieser kommunalen Neugliederung verließen wir unseren Unterbezirk Hannover-Land/Springe, den es in der alten Form nicht mehr gibt.

Der Ortsverein Bad Münster wurde von 1974 - 1978 als zweitgrößter Ortsverein Teil des Unterbezirks Oberweser. Seit 1979 bildet der Landkreis Hameln-Pyrmont einen eigenen SPD-Unterbezirk mit knapp 4.000 Parteimitgliedern.

Der Ortsverein Bad Münster hat heute rund 660 Mitglieder, zur Zeit steigt die Zahl an.

Neben den Kommunalwahlen gab es ab 1973 noch andere Erfolge:

- 1974 und 1978 wurde Wolfgang Schultze als Landtagsabgeordneter direkt von den Münsteranern gewählt.

- Heinz Frehsee tauschte 1976 seine Funktion als Bundestagsabgeordneter mit der des Vorsitzenden der Kreistagsfraktion.
- Im Bundestagswahlkreis 41 wurde gerade auch von den Mündenern 1976 erstmals eine Sozialdemokratin direkt nach Bonn geschickt.
- Bei der Kommunalwahl 1976 holten die Sozialdemokraten wieder die absolute Mehrheit. Carl-Heinz Paul wurde wieder Bürgermeister, Lambert Hupe sein erster, Helmut Baars sein zweiter Stellvertreter. Letzterer auch Fraktionsvorsitzender.
- In sieben von neun Ortsräten stellen wir heute den Bürgermeister:
Lambert Hupe in Bakede - Eggestorf - Bötter,
Reinhard Jochim in Nienstedt,
Helmut Baars in Eimbeckhausen,
Siegfried Hahn in Hamelspringe,
Gerhard Hupe in Nettelrede - Luttringhausen,
Willi Sabionski in Hachmühlen und
Volker Roesing in Hasperde - Flegessen - Klein Süntel.
- Mit Sieghardt Reiss haben wir wieder den Geschäftsführer der Gewerkschaft Holz und Kunststoff im Stadtrat vertreten. Er und andere Mandatsträger, die gleichzeitig Betriebs- oder Personalräte sind, zeigen auf, daß unsere traditionelle Hauptstütze - die organisierte Arbeitnehmerschaft - in Bad Münde noch ausgeprägt vorhanden ist.
- Gleichzeitig sind wir stolz darauf, unter unseren Mitgliedern Selbständige, Beamte und verstärkt Frauen aufführen zu können!

Einundzwanzig Jahre nach dem programmatischen Godesberger Parteitag vom November 1959 können wir Mündener Sozialdemokraten feststellen:

Unsere Partei ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Volkspartei geworden!

Doch alle engagierten Sozialdemokraten sollten nicht vergessen, wer vor allem dafür gekämpft hat, daß aus schutz- und rechtlosen Proletariern Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten werden konnten. Es ist noch gar nicht so lange her, daß man als Sozialdemokrat schief und abwertend angesehen wurde!

Für die Zukunft unseres Ortsvereins ist es wichtig, daß er immer genügend engagierte Mitglieder hat, die bereit sind, in der Partei und auf den verschiedenen parlamentarischen Ebenen "Politik zu machen".

Beherrigen wir alle das Wort Willy Brandts:

"Die SPD ist immer dann erfolgreich, wenn sie durch beständiges Engagement, durch sachliche Arbeit auf vielen Ebenen des politischen Lebens und die ständige Bereitschaft zum offenen Gespräch Vertrauen bestätigt und begründet."

Nur mit diesem Grundsatz können die Sozialdemokraten Bad Münders auch in der Zukunft Erfolg haben.

Sicherlich wird es nicht leicht sein, in einer Wohlstands- und Freizeitgesellschaft jüngere Menschen für ein beständiges ehrenamtliches Engagement zu gewinnen.

Zu sehr fühlen sich die Menschen durch den raschen technischen Wandel beruflich und familiär belastet.

Auch sollten die Frauen verstärkt Funktionen übernehmen.

Das Interesse an historischen Ereignissen ist bei den Jugendlichen leider nicht sehr groß, was sicherlich nicht zuerst an ihnen selbst liegt.

Ältere Menschen bedürfen unseres Zuspruchs.

Und wie gehen wir um mit den Ausländern, die unter uns leben?

Ohne Arbeit und noch zu lösende Aufgaben werden wir nicht sein.

Brigitte Traupe
Ortsvereinsvorsitzende

.....



Einigkeit

macht stark